

BUND NATURSCHUTZ FORDERT VON BUNDESLANDWIRTSCHAFTSMINISTER SCHMIDT UND MINISTERPRÄSIDENT SEEHOFER SICH DER DISKUSSION UM EINE ZUKUNFTSORIENTIERTE AGRARPOLITIK ZU STELLEN ANSTATT SICH ÜBER BAUERNREGELN AUFZUREGEN

Statt einer „Wutkritik“ von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt und Ministerpräsident Horst Seehofer an den „neuen Bauernregeln“, die auf Probleme in Landwirtschaft und Umwelt hinweisen, die bei einer nachhaltigen Landwirtschaft nicht auftreten, fordert der BUND Naturschutz eine Agrarpolitik zum Schutz von Bauern, Umwelt und Verbrauchern. Das Bundesumweltministerium habe mit seiner Plakataktion für „neue Bauernregeln“ lediglich den enormen Reformbedarf für eine zukunftsfähige Landwirtschaft hervorgehoben.

„Die gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft ist dringend nötig, damit endlich mehr Menschen in Stadt und Land überlegen, mit welcher Agrarförderpolitik bäuerliche Betriebe überleben und diese gleichzeitig Umwelt und Tierschutzstandards erfüllen können“, fordert Hubert Weiger, BUND Naturschutz Landesvorsitzender. Mit der künstlichen Aufregung solle wohl davon abgelenkt werden, dass allein in Bayern 2500 landwirtschaftliche Betriebe in den zwei letzten Jahren aufgegeben haben.

„Wenn von Seiten des bayerischen Bauernverbandes und der politischen Spitze in Bayern versucht wird, einen Konflikt zwischen Stadt und Land zu inszenieren, lenkt dies nur davon ab, dass gerade in Bayern Bauernhöfe genauso wie viele Tiere und Pflanzen auf der roten Liste stehen“, so BUND Naturschutz Landesbeauftragter Richard Mergner.

Stephan Kreppold, Sprecher des BUND Naturschutz Arbeitskreises Landwirtschaft aus dem Landkreis Aichach-Friedberg:

„Als praktizierender Bauer verstehe ich den Anstoß von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zur Neuorientierung der Agrarpolitik, die ihr Kollege Christian Schmidt aufgrund des Einflusses der Agrarkonzerne und eines Teils der landwirtschaftlichen Interessensvertreter nicht anpacken will. Dabei zeigt sich immer deutlicher, dass ein „Weiter so“ in Agrarpolitik und Landwirtschaft von weiten Teilen der Gesellschaft nicht mehr akzeptiert wird.“

Für Rückfragen:

Marion Ruppenner, BN Agrarreferentin, Tel. 0911 81878-20/21

Anlage: eine weitere Bauernregel

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, Nürnberg

09.Februar 2017

PM 016-17/LFG

Landwirtschaft



Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, Nürnberg

09. Februar 2017

PM 016-17/LFG

Landwirtschaft